

N I E D E R S C H R I F T

über die 18. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses der Stadt Gummersbach vom 06.06.2024 im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Vorsitzender Axel Blüm

Mitglieder

Stadtverordneter Reinhard Elschner

Stadtverordnete Claudia Anette Stevenson

Stadtverordnete Christine Stamm

Vertretung für Herrn Bastian Frölich

Stadtverordneter Jakob Löwen

Stadtverordneter Uwe Schneevogt

Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek

Stadtverordneter Joachim Tump

1. Stellv. Vorsitzender Benjamin Stamm

sachkundige Bürgerin Kathrin Grüttgen

Vertretung für Herrn Sven Falk

Stadtverordnete Roswitha Biesenbach

2. stellv. Vorsitzender Konrad Gerards

Stadtverordnete Elke Wilke

Stadtverordneter Diyar Agu

Verwaltung

Erster Beig. Raoul Halding-Hoppenheit

StOVwR Georg Hermes

StVwD'in. Katharina Klein

OI Marcus Reichel

Entschuldigt:

Mitglieder

Stadtverordneter Bastian Frölich

sachkundiger Bürger Sven Falk

Stadtverordneter Bernd Rummeler

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Die Niederschrift führt: Marcus Reichel

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsunterbrechung:

Sitzungsende: 19:01 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Aktuelle Haushaltsentwicklung
- TOP 3 Berichte aus Gesellschaften - Steinmüller Bildungszentrum GmbH
- TOP 4 Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses 2023
Vorlage: 05471/2024
- TOP 5 Grundsteuerreform - aktueller Sachstand
- TOP 6 Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

- TOP 7 Grundstücksangelegenheiten
- TOP 7.1 Grundstücksangelegenheiten
Verkauf von Grundbesitz in Gummersbach-Niedernhagen
Vorlage: 05472/2024
- TOP 8 Beteiligungsangelegenheiten
- TOP 8.1 Beteiligungsangelegenheiten
Klinikum Oberberg
Vorlage: 05474/2024
- TOP 8.2 Beteiligungsangelegenheiten
MVZ Oberberg GmbH
Vorlage: 05475/2024
- TOP 9 Mitteilungen

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Öffentlicher Teil:**TOP 1****Niederschrift der letzten Sitzung**

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Niederschrift wurde somit einstimmig angenommen.

TOP 2**Aktuelle Haushaltsentwicklung**

Im Bereich der Gewerbesteuer fehlen bei aktuell 41,3 Mio. € noch 700 T€ zum Haushaltsansatz. Darin enthalten sind Veranlagungen aus dem letzten Quartal 2023, aber auch unter Berücksichtigung dieser Veranlagungen liegt der Ertrag deutlich über der Höhe des vergleichbaren Vorjahreswertes. Der Ansatz für 2024 beträgt 42,0 Mio. €.

Im Bereich der Grundsteuer B fehlen aktuell nur rund 100 T € zum Haushaltsansatz von 12,3 Mio. €.

In der Vergnügungssteuer wird sich aufgrund der aktuellen Veranlagungen voraussichtlich ein Mehrertrag zum Haushaltsansatz (350 T €) ergeben.

Bei der Hundesteuer wurden aktuell rund 350 T € veranlagt. Damit fehlen rund 10 T € zum Haushaltsansatz von 360 T €.

Der Haushaltsansatz von 85 T € für die Zweitwohnungssteuer wird aktuell bereits um 9 T € überschritten.

Die Schlüsselzuweisungen liegen nach endgültigem Bescheid um rund 50 T € über dem Haushaltsansatz von 26,5 Mio. €.

Für eine Einschätzung zur Entwicklung der Gemeindeanteile an Umsatz- und Einkommenssteuer, ist die Regionalisierung der Mai-Steuerschätzung abzuwarten. Der Ansatz der Umsatzsteuer liegt bei rund 7,5 Mio. €, für die Einkommenssteuer bei rund 26,7 Mio. €.

Die Kreisumlage liegt aufgrund der Abrechnung der differenzierten Berufsschulumlage um rund 27 T € über dem Haushaltsansatz von 40,3 Mio. €.

Die Zinskonditionen für Tagesgeld liegen weiterhin bei 4,1%. Die aktuelle Leitzinsentscheidung der EZB, eine Absenkung um 0,25% vorzunehmen, verbessert auch die städtischen Konditionen. Der Haushaltsansatz von 2,4 Mio. € dürfte insgesamt auskömmlich sein.

Im Bereich Jugendhilfe liegt eine Hochrechnung des Fachbereichs nicht vor. Aus den in SAP ablesbaren Informationen sind aktuell keine zusätzlichen Bedarfe absehbar.

Hinsichtlich der Personalausgaben ist zu diesem frühen Zeitpunkt im Jahr noch keine aussagekräftige Prognose möglich. Aufgrund der Vielzahl von unbesetzten Stellen wird aktuell davon ausgegangen, dass die sich aus den Nachträgen zum Stellenplan ergebenden Mehrkosten insgesamt kompensiert werden können. Je nachdem, wie erfolgreich und zeitnah freie Stellen besetzt werden können, ist sogar eine Unterschreitung des kalkulierten Ansatzes möglich.

Auch im Bereich der baulichen Unterhaltung ist zu diesem Zeitpunkt noch keine aussagekräftige Prognose möglich. Sonderentwicklungen sind momentan nicht erkennbar, insofern wird zum jetzigen Zeitpunkt von der Einhaltung des Budgets in Höhe von 2,9 Mio. € ausgegangen.

Im Bereich der Bewirtschaftung wird zum jetzigen Zeitpunkt von der Einhaltung des Budgets von 10,3 Mio. € ausgegangen.

Zum letzten Bericht im April haben sich kaum Veränderungen ergeben, insofern bleibt auch die Gesamtbewertung unverändert. Eine zuverlässige Prognose zur Entwicklung des Jahresergebnisses ist noch nicht möglich. Insgesamt verläuft die Haushaltswirtschaft zurzeit im Rahmen der Kalkulation. Insbesondere die Entwicklung der Gewerbesteuer ist in 2024 weiterhin sehr positiv zu bewerten.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Das aktuelle Volumen der Investitionskredite beträgt rund 58,2 Mio. € gegenüber 61,7 Mio. € per 31.12.2023. Das Volumen der Liquiditätskredite beträgt aktuell rund 58,0 Mio. € gegenüber 51,6 Mio. € per 31.12.2023.

Der Kämmerer informiert in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung Eckpunkte zur Entlastung der Kommunen von ihren Altschulden beschlossen hat. Diese sehen ab dem Jahr 2025 zusätzliche Finanzmittel für die Kommunen in Höhe von jährlich 250 Mio. € vor. Über die kommenden 30 Jahre werden so 7,5 Mrd. € zusätzliche Finanzmittel des Landes an die Kommunen fließen. Das Land fordert nun auch eine Beteiligung des Bundes.

TOP 3**Berichte aus Gesellschaften - Steinmüller Bildungszentrum GmbH**

Die Geschäftsführerin der Steinmüller Bildungszentrum GmbH, Frau Zipperlin, sowie der Ausbildungsleiter, Herr Klein, berichten über die aktuelle Entwicklung des Unternehmens.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

TOP 4**Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses 2023****Vorlage: 05471/2024**

Der Kämmerer erläutert die Beschlussvorlage.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig empfohlen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach nimmt gem. § 116a Gemeindeordnung NRW (GO NRW) die Befreiungsmöglichkeit zur Aufstellung vom Gesamtabchluss 2023 in Anspruch.

TOP 5**Grundsteuerreform - aktueller Sachstand**

Der Kämmerer berichtet über den Gesetzentwurf der Landesregierung bezüglich der Einführung differenzierter Hebesätze für die Grundsteuer B. Das Gesetz wird kurzfristig verabschiedet werden und folgt damit nicht der von den Kommunen präferierten Lösung einer Neufestsetzung der Grundsteuermesszahlen im Grundsteuergesetz.

Seitens der Verwaltung wird deutlich gemacht, dass eine Umsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten des Gesetzes seitens der Kommunen keinesfalls schon zum 01.01.2025 erfolgen kann. Es muss zunächst analysiert werden, ob die Stadt Gummersbach die Möglichkeit differenzierter Hebesätze grundsätzlich in Anspruch nimmt. Nach derzeitigem Stand wird davon ausgegangen, dass die Verwaltung eine entsprechende Empfehlung aussprechen wird.

Des Weiteren muss auch die genaue Ausgestaltung der Differenzierung festgelegt werden. Hierzu wird kurzfristig ein Verzeichnis der Finanzverwaltung über die Messbeträge der betreffenden Grundstücke erwartet. Zusätzlich wird die Landesregierung Mustersatzungen für die Kommunen zur Verfügung stellen. Hier erwartet die Verwaltung eine verfassungssichere Begründung für die Differenzierung einzelner Geschäftsgrundstücke.

Insbesondere ist derzeit auch eine rechtzeitige IT-seitige Umsetzung noch fraglich.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Für das Jahr 2025 muss somit eine Grundsteuerveranlagung unter Inkaufnahme einer Belastungsverschiebung zwischen Geschäftsgrundstücken und den sonstigen Grundstücken erfolgen.

Die Verwaltung wird in der nächsten Ausschusssitzung über die weitere Entwicklung berichten.

Die Fraktionen einigen sich darauf, dass über das weitere Vorgehen im Rahmen der AG Haushalt ausführlich informiert und beraten werden soll. Im Anschluss erfolgt eine Beratung in den einzelnen Fraktionen.

**TOP 6
Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen seitens der Verwaltung im öffentlichen Teil vor.

gez. Axel Blüm
Vorsitz

gez. Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter und
Stadtkämmerer

gez. Marcus Reichel
Schriftführung